



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Ministerin

An den
Vorsitzenden
des Finanzausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Landesrechnungshof
Schleswig-Holstein
Hopfenstr. 30
24103 Kiel

Kiel, 25. Oktober 2013

**Antworten der Landesregierung zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
zum Haushaltsentwurf 2014 - Teil 1 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung zu den durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2014.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Monika Heinold

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein
zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	03
Seite:	8
Kapitel	01
Titel:	525 03
Zweckbestimmung:	Ressortübergreifende Personalentwicklung

Frage/Sachverhalt:

Worin liegt die Reduzierung des Ansatzes begründet?

Antwort der Landesregierung:

Die Reduzierung des Haushaltsansatzes um 2,0 T€ auf 76,0 T€ wurde im Zuge der allgemeinen Haushaltskonsolidierung vorgenommen. Aufgrund der Bedeutsamkeit der Aufgabe wurde auf die Verhältnismäßigkeit der Reduzierung ein besonderes Augenmerk gelegt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	03
Seite:	9
Kapitel:	01
Titel:	529 02
Zweckbestimmung:	Repräsentationsmittel

Frage/Sachverhalt:

Warum steigt der Ansatz gegenüber 2013 an? Bitte um Aufschlüsselung der geplanten Ausgaben.

Antwort der Landesregierung:

Der genaue Bedarf für Repräsentationsmittel des Ministerpräsidenten ist nur zu einem Teil kalkulierbar und ändert sich von Jahr zu Jahr. Nach einmaligen Kürzungen im Haushalt 2013 wurde der Haushaltsansatz dem tatsächlichen Bedarf wieder angepasst. Neben den zum Zeitpunkt der Haushaltsanmeldung bereits feststehenden Maßnahmen, kommen im Laufe eines Jahres zusätzliche Veranstaltungen mit repräsentativem Charakter hinzu. Zu erwarten sind 2014 zusätzliche Veranstaltungen wie „200 Jahre Kieler Friede“ oder Eröffnungsveranstaltung zur „Woche der Brüderlichkeit“. Im Übrigen konnte die Einsparung und Kürzung im HH 2013 nur erreicht werden, weil Maßnahmen um ein Jahr geschoben wurden, z.B. Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Die geplanten Ausgaben schlüsseln sich wie folgt auf:

Allgemeine Repräsentationsmittel	164.100 €
Repräsentationsmittel Kieler Woche	28.000 €
Repräsentationsmittel für auswärtige Beziehungen und Partnerschaften	25.000 €
Repräsentationsmittel für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	10.900 €

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	03
Seite:	10
Kapitel:	01
Titel:	684 02
Zweckbestimmung:	Zuwendungen des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf minderheitspolitischem, kulturellem, sozialem und wirtschaftlichen Gebiet

Frage/Sachverhalt:

Warum sinkt der Ansatz? Welche Aufgaben fallen künftig weg?

Antwort der Landesregierung:

Die Reduzierung um 15,0 T€ in 2014 ist ein Beitrag des Ministerpräsidenten zur Haushaltskonsolidierung. Da Mittel aus dem „Verfügungsfonds“ antragsgebunden ausgezahlt werden, entfallen durch die Kürzung keine expliziten Aufgaben in den aufgeführten Gebieten.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	8
Kapitel:	01
Titel:	421 01 und 422 01
Zweckbestimmung:	Bezüge des Ministers/Bezüge der Beamten

Frage/Sachverhalt:

Wieso werden 5 TEUR von 422 01 nach 421 01 übertragen?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz wurde an die zu erwartenden Ist-Ausgaben angeglichen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	9
Kapitel:	01
Titel:	526 99
Zweckbestimmung:	Kosten für Sachverständige, Gutachten u.ä.

Frage/Sachverhalt:

Warum sinkt der Ansatz im Vergleich zu 2013? Für welche Gutachten sollen die verbleibenden 36 TEUR ausgegeben werden?

Antwort der Landesregierung:

2013 wurde der Ansatz einmalig für ein Gutachten zur Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleichs erhöht. Der Ansatz 2014 orientiert sich an dem Ist 2012, erfahrungsgemäß ergibt sich kurzfristig die Notwendigkeit zur Hinzuziehung von externen Sachverstand.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	11
Kapitel:	01
Titel:	535 01
Zweckbestimmung:	Ausgaben für Zwecke des Verfassungsschutzes

Frage/Sachverhalt:

Wie wird der Anstieg des Ansatzes im Vergleich zum IST 2012 begründet?

Antwort der Landesregierung:

Vorbemerkung:

Grundsätzlich ist festzustellen, dass es im Bereich des Verfassungsschutzes neben verlässlich kalkulierbaren Positionen auch eine Vielzahl von Positionen gibt, die nur anhand von Erfahrungswerten aus den zurückliegenden Jahren geplant werden können. Hierbei handelt sich um Mittel, die für teilweise kostenintensive operative Maßnahmen wie z. B. Maßnahmen nach dem Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz einschließlich eventuell erforderlich werdender Dolmetscherkosten, langandauernde Observationen oder verstärkte Werbungsaktivitäten benötigt werden. Die tatsächliche Durchführung, Häufigkeit, Intensität und Dauer solcher Maßnahmen wird erst im Laufe des aktuellen Haushaltsjahres maßgeblich von den Aktivitäten der Beobachtungsobjekte des Verfassungsschutzes bestimmt. Hier können bei der Haushaltsaufstellung daher nur Mittelwerte der Vergangenheit zu Grunde gelegt werden. Daher können sich am Ende eines Haushaltsjahres nicht verausgabte Haushaltsmittel ergeben. Die operative Einsatzfähigkeit des Verfassungsschutzes muss jedoch auch mit Blick auf die Zukunft zu jedem Zeitpunkt finanziell gewährleistet sein.

Dies vorangestellt wird die Frage wie folgt beantwortet:

Zusätzlich zu den inflationären Kostensteigerungen, welche insbesondere im Kraftfahrzeugbereich zu einer notwendigen Erhöhung des Budgets führen, sind folgende besondere Kostenpunkte zu nennen.

Im Zuge der bundesweiten Neuausrichtung des Verfassungsschutzes sind organisatorische und strukturelle Veränderungen notwendig, zu deren Umsetzung sind zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich. Weiterhin fallen durch die Reformierung des Ausbildungskonzeptes für Verfassungsschutzbehörden erhöhte Reisekosten an, da vermehrte auswärtige

Ausbildungsabschnitte vorgesehen sind. Zudem sind kostenintensive Modernisierungen und Erneuerungen von spezieller und sensibler nachrichtendienstlicher Technik erforderlich. Die Intensivierung der bundesweiten Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden führt ebenfalls zu einem vermehrten Budgetbedarf.

Durch die geplante Einführung der E-Akte können sich zusätzliche Kosten durch die Anpassung des Daten Management Systems an die speziellen Anforderungen des Verfassungsschutzes (Geheimchutz Dokumentation) ergeben.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	14
Kapitel:	01
Titel:	525 61
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der Sollansatz im Verhältnis zu den Istaussgaben 2012?

Antwort der Landesregierung:

2012 wurden SAP Schulungen intern durchgeführt. Die personellen Kapazitäten sind nicht mehr vorhanden. Deshalb muss der Ansatz erhalten bleiben, um die notwendigen Schulungen im Geschäftsbereich des IM durch externe Dienstleister sicherzustellen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	15
Kapitel:	01
Titel:	422 62
Zweckbestimmung:	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Frage/Sachverhalt:

Wie begründet sich derjenige Teil des Kostenanstiegs, der nicht auf die Übertragung von 225 TEUR aus Titel 422 01 zurückzuführen ist?

Antwort der Landesregierung:

Für das Haushaltsjahr 2014 werden für die ressortübergreifende Ausbildung 16 neue kw-Stellen im Vergleich zu 2012 benötigt. Diese Stellenerhöhung trägt dem wachsenden Bedarf an Nachwuchskräften Rechnung und ist damit geeignet, in angemessenem Maße die altersbedingten Abgänge auszugleichen.

In der Laufbahngruppe (LG) 2, 2. Einstiegsamt (EA) (ehemals höherer Dienst) wurden sechs neue kw-Stellen und in der LG 2, 1. EA (ehemals gehobener Dienst) wurden zehn neue kw-Stellen eingerichtet.

Die veranschlagten Mehrausgaben berechnen sich wie folgt:

LG 2, 2. EA 6 Stellen x 4,0 T€ x 12 Monate = 286,5 T€ (Rundungsdifferenzen)

LG 2, 1. EA 5 Stellen x 1,1 T€ x 12 Monate = 66,0 T€

LG 2, 1. EA 5 Stellen x 1,1 T€ x 5 Monate = 27,5 T€

gesamt = 380,0 T€

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	15
Kapitel:	01
Titel:	525 62
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Frage/Sachverhalt:

Wieso werden die Mittel erhöht?

Antwort der Landesregierung:

Durch die geplanten erhöhten Einstellungszahlen im Bereich LG 2, 1. EA im Jahr 2014 fallen für 15 Personen mehr Kosten beim Testverfahren an. Außerdem muss ein parallel durchzuführendes Z12er Verfahren stattfinden, da dieser Personenkreis mit anderen Bewerbern nicht verglichen werden darf.

Testverfahren: 17.900 € mehr im Vergleich zu 2013.

Durch die geplanten erhöhten Einstellungszahlen im Bereich LG 2, 1. EA im Jahr 2014 fallen für 10 bzw. 15 Personen mehr Gebühren für das Studium an der FHVD an.

Gebühren: 69.300 € mehr im Vergleich zu 2013.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	15
Kapitel:	01
Titel:	685 62
Zweckbestimmung:	Kostenanteil des Landes für das Ausbildungszentrum für Verwaltung

Frage/Sachverhalt:

Wie ist der Aufwuchs begründet?

Antwort der Landesregierung:

Der Kostenanteil richtet sich nach der Zahl der Anwärter und Anwärterinnen und den Ausbildungsmonaten. So führen erhöhte Einstellungszahlen zu einem höheren Gesamtbetrag.

Für 2014 ist der durch das Ausbildungszentrum prognostizierte Betrag veranschlagt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	17
Kapitel:	01
Titel:	525 63
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Frage/Sachverhalt:

Wieso bzw. für welche Maßnahmen bleibt der Ansatz unverändert hoch im Verhältnis zum Ist 2012?

Antwort der Landesregierung:

Aufgrund der Landtagswahlen konnten aufgrund von Terminkollisionen nur geringe Aus- und Fortbildungen für die Fahrerinnen und Fahrer durchgeführt werden. Ab 2013 werden die angebotenen Lehrgänge wieder in Anspruch genommen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	25
Kapitel:	03
Titel:	125 01
Zweckbestimmung:	Einnahmen für Karten

Frage/Sachverhalt:

Wieso wird der Sollansatz weit unter dem IST 2012 angesetzt? Wie erklärt sich der Rückgang der Einnahmen?

Antwort der Landesregierung:

Der geringe Haushaltsansatz für 2014 spiegelt den zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung erwarteten Einnahmerückgang auf diesem Titel wider.

Die digitalen Produkte haben inzwischen den Markt durchdrungen und lösen die klassischen Produkte (z.B. analoge Karten) der Landesvermessung immer mehr ab. Neben der nicht vorhersehbaren und relativ kurzfristig exorbitant gestiegenen Nachfrage durch insbesondere Netzbetreiber, Energieversorger und Leitungstrassenplaner infolge des EEG, werden neue Produkte des Landesamtes (z.B. DGM, 3D-Gebäude, Hauskoordinaten, ALKIS-Daten, pp.) ebenfalls stark nachgefragt. Eine Anpassung im Rahmen der Anmeldung zur Nachschiebeliste ist geplant.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	28
Kapitel:	03
Titel:	525 01
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich die Differenz des Mittelansatzes im Verhältnis zum Istansatz 2012?

Antwort der Landesregierung:

<p>Durch die Inanspruchnahme von „Inhouseseminaren“ und teilweisen kostenlosen Fortbildungen (d. z.B. Unfallkasse Nord) entwickelten sich die Fortbildungskosten in 2012 deutlich moderater als erwartet.</p>

<p>Zudem weist der Stellenplan für das L VermGeo SH 3 Stellen für Regierungsvermessungsreferendare aus und dementsprechend sind Aus- und Fortbildungskosten eingeplant worden. Im Jahr 2012 gab es allerdings nur 2 Referendare, die ab Mai eingestellt wurden. Insofern fielen entsprechend weniger Ausbildungskosten an.</p>
--

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	37
Kapitel:	05
Titel:	525 01
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich die Differenz des Soll im Verhältnis zu den Istaussgaben 2012?

Antwort der Landesregierung:

Die Differenz erklärt sich durch folgende zusätzliche Aus- und Fortbildungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2014:

Ausbildung eines Brandreferendars (ca. 12 T€)

Ausbildung eines Anwärters Laufbahngruppe 2.1 (ca. 8 T€)

Lehrgang ADA Schein (ca. 5 T€)

Einführung eines neuen Lehrgangs Führen 4 in Kooperation mit der IHK (ca. 3 T€)

Einführung eines Übungsleitungs-pools für den Katastrophenschutz (ca. 7 T€)

Erhöhung der Kosten für Verträge mit Dritten für die Ausbildung Berufsfeuerwehr (ca. 5 T€)

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	04
Seite:	41
Kapitel:	05
Titel:	525 62
Zweckbestimmung:	Aus- und Fortbildung

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der Sollansatz im Verhältnis zu den Istaussgaben 2012?

Antwort der Landesregierung:

Im Haushaltsjahr 2012 waren Übungen der schleswig-holsteinischen Feuerwehreinheiten zur Schiffsbrandbekämpfung und zur Ausbildung der Einsatzkräfte der Feuerwehr Rendsburg in der Schiffsbrandbekämpfung für den vorgesehenen Einsatzbereich Nord-Ostsee-Kanal vorgesehen. Die Übungen konnten nicht in Gänze durchgeführt werden, da die Bundesmarine keine Schiffseinheiten für Übungszwecke zur Verfügung stellen konnte und eingeplante Einheiten (Containerschiffe) einer privaten Reederei von dieser veräußert wurden.

Die Ausbildung der Feuerwehr Rendsburg in der Ausbildungsanlage zur Schiffsbrandbekämpfung der Berufsfeuerwehr Wilhelmshaven in Verbindung mit dem Land Niedersachsen konnte aufgrund der tatsächlich im Laufe des Jahres dort angebotenen Lehrgänge nicht mehr im geplanten Umfang umgesetzt werden, sodass eine Verschiebung auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014 erfolgte.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	15
Kapitel:	02
Titel:	518 99
Zweckbestimmung:	Leasingraten für Krafffahrzeuge

Frage/Sachverhalt:

Warum steigt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz für 2014 i.H.v. 39,0 T€ orientiert sich an den IST- Ausgaben 2012 (38,1 T€) die auch in dieser Höhe für 2014 erwartet werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	24
Kapitel:	05
Titel:	527 01
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Frage/Sachverhalt:

Warum steigt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansatzsteigerung ist begründet mit der Anpassung der nach dem Reisekostenrecht zu gewährenden Tagegelder an die Regelung des Einkommensteuergesetzes.

§ 6 Abs. 1 Satz 1 des Bundesreisekostengesetzes vom 26. Mai 2005 (BGBl. I S. 1418), zuletzt geändert durch Art. 15 Abs. 51 des Gesetzes vom 5. Februar 2009 (BGBl. I S. 160), wird mit Art. 3 des Gesetzes zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts vom 20. Februar 2013 (BGBl. I S. 285) wie folgt gefasst:

„Die Höhe des Tagegeldes bemisst sich nach der Verpflegungspauschale zur Abgeltung tatsächlich entstandener, beruflich veranlasster Mehraufwendungen im Inland nach dem Einkommensteuergesetz.“

Damit beträgt das Tagegeld bei einer Abwesenheit von 8 bis 24 Stunden künftig 12 €, während die bisherige Regelung mit einem Tagegeld in Höhe von 6 € bei einer Abwesenheit von 8 bis 14 Stunden entfällt (sog. „kleines“ Tagegeld). Infolge der Änderung tritt bei Abwesenheiten von 8 bis 14 Stunden künftig eine Verdopplung der Ausgaben für Tagegelder ein.

Die Ansatzhöhe 2013 reicht für eine volle Abdeckung der Mehrkosten nicht aus, so dass eine teilweise Steigerung des Ansatzes für das Haushaltsjahr 2014 veranschlagt worden ist.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	05
Seite:	26
Kapitel:	05
Titel:	811 01
Zweckbestimmung:	Erwerb von Dienstfahrzeugen

Frage/Sachverhalt:

Weshalb werden die Fahrzeuge nicht geleast, sondern gekauft?

Antwort der Landesregierung:

Die Beschaffung einiger Dienstfahrzeuge im Wege des Kaufs ist wirtschaftlicher als im Wege des Leasings.

Die Entscheidung, welche Vertragsart für die Beschaffung eines Dienstfahrzeuges für die Verwaltung am wirtschaftlichsten ist, wird jeweils aufgrund einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gemäß § 7 LHO getroffen. Aufgrund dessen ist für den Steueraußendienst bei den Finanzämtern im Haushaltsentwurf 2014 der Einsatz von 34 Leasingfahrzeugen veranschlagt, vgl. Titel 0505-518 99.

Die Wirtschaftlichkeit der Vertragsart Leasing gegenüber dem Kauf ist im Wesentlichen von der km-Fahrleistung im Leasingzeitraum und von der Höhe der Leasingraten nach dem GMSH-Rahmenvertrag abhängig. Eine ausreichende km-Fahrleistung ist aber trotz geeigneter organisatorischer Maßnahmen nicht für jedes erforderliche Dienstfahrzeug erreichbar, so dass sich die Beschaffung durch Kauf anstelle von Leasing als wirtschaftlicher darstellt.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	86
Kapitel:	0940
Titel:	893 03 (MG 03)
Zweckbestimmung:	Zuschuss für Investitionen der Stiftung Schloss Eutin

Frage/Sachverhalt:

Wie begründet sich der Anstieg? Bitte um Aufschlüsselung der Kosten.

Antwort der Landesregierung:

Die Investitionen zur Erhaltung der Bausubstanz und der Stiftungliegenschaften wurden in der Vergangenheit aus dem Titel 0940 - 893 07 (MG 15) „Investitionsprogramm kulturelles Erbe“ (IKE-Titel) gefördert. Die Investitionsförderung betrug in den Jahren 2009 bis 2012 jährlich durchschnittlich rd. 250,0 T€. Im HH-Jahr 2014 sind für laufende Bau- und Substanzerhaltung der Liegenschaft Schloss Eutin 250,0 T€ veranschlagt. Darüber hinaus sind Kofinanzierungsmittel von 250,0 T€ für die Herrichtung des Küchengartens samt denkmalgeschützter Bebauung im Schlossgarten veranschlagt. Diese Maßnahmen stehen im Zusammenhang mit der Landesgartenschau 2017 in Eutin.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	90
Kapitel:	0940
Titel:	684 47 (MG 12)
Zweckbestimmung:	Film- und Medienprojekte

Frage/Sachverhalt:

Fallen durch die Übertragung nach 684 45 bestehende Förderungen weg? Falls ja, welche sind es?

Antwort der Landesregierung:

Nein, ab dem HH-Jahr 2014 wird lediglich der Filmpreis für die Nordische Filmtage Lübeck bei Tit. 0940 – 684 45 (MG 12) veranschlagt (s.a. Übertragungsvermerk).

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	94
Kapitel:	0940
Titel:	893 07 (MG 15)
Zweckbestimmung:	Investitionsprogramm Kulturelles Erbe

Frage/Sachverhalt:

Wie begründet sich der Anstieg?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz in Höhe von 5,3 Mio. € berücksichtigt die Fortschreibung des Investitionsprogramms Kulturelles Erbe in Höhe von 2,0 Mio. € sowie 3,3 Mio. € für Ankauf, Umbau und Ersteinrichtung eines Magazins für die volkskundlichen Sammlungen einschließlich der entsprechenden Umzugskosten. Außerdem ist der Anteil des Landes an der erforderlichen Schadstoffsanierung des Hesterbergs enthalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	102
Kapitel:	0942
Titel:	527 01
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Frage/Sachverhalt:

Warum vervierfacht sich der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich hier lediglich um eine Anpassung an die Ist-Entwicklung (Ist 2012: 10,8 T€) und den erwarteten Bedarf für 2014.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	102
Kapitel:	0942
Titel:	534 02
Zweckbestimmung:	Wissenschaftliche Inventarisierung einschl. Erwerb von Film- und Bildmaterial

Frage/Sachverhalt:

Weshalb steigt der Ansatz?

Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz hat sich von 77,8 T€ in 2013 um + 14,0 T€ auf 91,8 T€ in 2014 erhöht. Die aus haushaltstechnischen Gründen bedingte Übertragung von 25,2 T€ von Tit. 812 02 für den Aufbau, Betrieb und Ausbau des Landesfilmarchivs ist dabei berücksichtigt. Ohne diese Übertragung wäre der Ansatz um - 11,2 T€ gesunken.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	09
Seite:	108
Kapitel:	0943
Titel:	534 01
Zweckbestimmung:	Veranstaltungen und Veröffentlichungen

Frage/Sachverhalt:

Wie wird der Anstieg begründet? Wie erklären sich die starken Abweichungen zwischen IST 2012 und SOLL 2013?

Antwort der Landesregierung:

Der Anstieg begründet sich allein auf die geänderte Veranschlagungspraxis ab 2014: Mit dem HHE 2014 erfolgte die nach § 15 LHO erforderliche Bruttoveranschlagung, d.h., die erwarteten Einnahmen und Ausgaben sind in voller Höhe und getrennt voneinander zu veranschlagen. Darüber hinaus dürfen gemäß Haushaltsvermerk auch weiterhin Mehrausgaben bei Tit. 0940 – 534 01 zusätzlich in Höhe der Mehreinnahmen bei Tit. 119 02 „Einnahmen aus Katalogverkäufen und Veranstaltungen“ geleistet werden.

Der Ansatz wurde von 16,0 T€ in 2013 um + 30,0 T€ auf 46,0 T€ in 2014 zuschussneutral erhöht, da im Gegenzug auch die erwarteten Einnahmen des Tit. 119 02 erstmalig veranschlagt wurden.

In 2012 waren Ausgaben in Höhe von 102,1 T€ geleistet worden, die durch Mehreinnahmen bei Tit. 119 02 in Höhe von 74,2 T€ finanziert wurden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	11
Seite:	43
Kapitel:	11
Titel:	883 02
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Verbesserung der Datenübertragung

Frage/Sachverhalt:

Welches Konzept steht hinter diesem Programm bzw. bis wann liegt ein Konzept vor?

Antwort der Landesregierung:

Im Rahmen der Breitbandstrategie Schleswig-Holstein 2030 will die Landesregierung für das Haushaltsjahr 2014 zusätzlich 15 Mio. € für den Breitbandausbau im Lande zur Verfügung stellen. Von der Breitbandförderung (wie von der Breitbandstrategie insgesamt) wird vor allem der ländliche Raum profitieren.

Der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie wird die derzeit vorliegenden Eckpunkte für ein Umsetzungskonzept in Abstimmung mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein, dem Finanzministerium und dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume weiter ausarbeiten. Beteiligt werden soll auch der Lenkungsausschuss Breitbandstrategie, in dem neben den Ressorts die Investitionsbank, die Kommunalen Landesverbände, das Breitband-Kompetenzzentrum und die IHK Schleswig-Holstein vertreten sind. Das Konzept wird nach Fertigstellung den betroffenen Ausschüssen (Finanzausschuss, Wirtschaftsausschuss, Umwelt- und Agrarausschuss) zugeleitet.

Im Rahmen der Nachschiebeliste zum Haushalt 2014 sollen die Voraussetzungen für eine Abwicklung im Haushaltsvollzug 2014 geschaffen werden.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	14
Seite:	8
Kapitel:	02
Titel:	533 56
Zweckbestimmung:	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen oder anderen ...

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt der Anstieg von 49.953 TEUR auf 54.682,9 TEUR zustande?

Antwort der Landesregierung:

Bei der Erhöhung handelt sich um eine Anpassung der Veranschlagung an lfd. oder geplante IT-Leistungen bei Dataport.

Dataport ist der zentrale IT-Dienstleister für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Die Aufträge der Landesverwaltung Schleswig-Holstein werden daher bei oder über Dataport abgewickelt. Bereits 2013 wird ein IST i.H.v. rd. 51.130 T€ erwartet.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	14
Seite:	10
Kapitel:	02
Titel:	533 03
Zweckbestimmung:	Leistungsentgelte an Dataport

Frage/Sachverhalt:

Warum steigt der Ansatz um 1.810 TEUR an?

Antwort der Landesregierung:

Um die Versorgungssicherheit und Leistung (Verfügbarkeit = V+) des Landesnetzes zu erhöhen, wird seit mehreren Jahren in Zusammenarbeit mit Dataport eine redundante Leitungsführung zum Landesnetz aufgebaut. Das redundante Netz ist weitgehend fertiggestellt und geht in den Betrieb über. Die Ausgaben für den neuen Vertrag mit Dataport über den Betrieb und die Pflege des „Landesnetzes V+“ begründen den Anstieg bei Titel 1402 – 533 03 (MG 03).

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	14
Seite:	19
Kapitel:	05
Titel:	812 01
Zweckbestimmung:	Erwerb von Gegenständen...

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt der Anstieg von 2.440 TEUR auf 4.001,5 TEUR zustande? Welche Geräte/Ausrüstung werden angeschafft – Bitte um Aufschlüsselung.

Antwort der Landesregierung:

In 2014 erfolgt der weitere gestufte Erwerb der Lizenzen für den landesweiten Einsatz des Verfahrens KoPers aufgrund des Ausschreibungsergebnisses aus dem Jahre 2011. Des Weiteren fallen Kosten für den Betrieb des Verfahrens bei Dataport sowie Kosten für Dienstleistungen im Rahmen des Werkvertrages und das Projektmanagement an.